

# Die Parteien im IG Metall-Check

**Wählen gehen!** Am 14. Oktober ist Landtagswahl.

Wir zeigen, wie die Parteien in ihren Programmen die Forderungen der IG Metall erfüllen (oder was sie anders machen) wollen.

IG Metall-Forderungen			
<p><b>Sozial-ökologische (Auto-)Industrie:</b> Bayern als Leitmarkt und Leitanbieter für die Mobilität der Zukunft (z.B. Elektromobilität, Batteriezellproduktion, automatisiertes Fahren, Carsharing, innerstädtische Mobilität); Energiewende als Innovations- und Modernisierungsprogramm; erneuerbare Energien als Leitchnologie.</p>	<p>Gemeinsame Wirtschaftsagentur; Bayerisches Raumfahrtprogramm »Bavaria One«; Forschung Quantencomputer, künstliche maschinelle Intelligenz; Flugtaxi, Hyperloop-Teststrecke; Forschung/Entwicklung bei Batterietechnik; Autopakt mit IG Metall.</p>	<p>Ansiedelung/Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze; Innovationsfonds: Forschung zu Zukunftsfeldern wie Klimawandel, Energiewende, neue Antriebe; Energiewende wirtschaftlich nutzen; Energie bis 2035 zu 100 % erneuerbar; Transformationsbeirat »Elektromobilität« u.a. mit Gewerkschaften.</p>	<p>Ökologische Modernisierung: Technologieführerschaft bei Bau abgasfreier Autos in Bayern; Wirtschaftsförderung konzentriert auf das Gemeinwohl fördernde Unternehmen.</p>
<p><b>Bezahlbares Wohnen:</b> Mehr sozialer Wohnungsbau, bezahlbarer Wohnraum in Ballungsräumen, Wohnraum in den ländlichen Regionen fördern; bis 2025 mindestens 50.000 neue Sozialwohnungen; Mietpreisbremse mit empfindlichen Sanktionen schärfen.</p>	<p>10.000 neue, geförderte Wohnungen der »Bayernheim«, insgesamt 500.000 (private) Wohnungen bis 2025; 5 Jahre keine Mieterhöhung bei staatlichen Wohnungen; Eigenheimzulage (10.000 Euro) und Baukindergeld Plus (1500 Euro je Kind je Jahr).</p>	<p>25.000 neue Wohnungen durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaft bis 2023; Grundmiete für geförderte Wohnungen nicht nach Mietspiegel, sondern geringer steigern; Mietpreisbremse für Bayern schärfen.</p>	<p>5 Mrd. Euro für 500.000 neue Wohnungen mit 40-jähriger Sozialbindung in den nächsten 5 Jahren; einheitliche Vorgaben für qualifizierte Mietspiegel; wirksamere Mietpreisbremse.</p>
<p><b>Stärkere Tarifverträge:</b> Tarifbindung erhöhen, bessere Nachwirkung, leichtere Allgemeinverbindlichkeit. Öffentliche Aufträge nur an Firmen mit Tarifvertrag. Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen »Union Busting«.</p>	<p>Einheitliche Tarifbindung für alle Pflegekräfte.</p>	<p>Tariftreue- und Vergabegesetz zu öffentlichen Vergaben mit Haftung auch für Subunternehmer; Gründung »Schwerpunktstaatsanwaltschaft Arbeit«.</p>	<p>Landesvergabegesetz (nach ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Kriterien).</p>
<p><b>Gute Arbeits- und Auszeiten:</b> Keine Öffnung/Aushöhlung des Arbeitszeitgesetzes, Rechtsanspruch auf Abschalten; Rechtsanspruch auf verkürzte Vollzeit und Rückkehrrecht.</p>	<p>Deregulierung/Flexibilisierung der Arbeitszeiten nach österreichischem Vorbild.*</p>	<p>Klare Regelungen zur Flexibilisierung, für die Anpassung und Schutz der Arbeitszeiten; lebensphasenbestimmte Arbeitszeit; Langfristig: 30-Stunden-Woche.</p>	<p>Aktive Gestaltung des Wandels der Arbeitswelt gemeinsam mit Gewerkschaften u.a.; Keine Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsschutzstandards.</p>
<p><b>Recht auf finanzierte Bildung:</b> Weiterbildungsgesetz beschließen: Rechtsanspruch auf Weiterbildung und bezahlte Freistellung für Beschäftigte; Gebührenfreiheit und Erwachsenenbafög; Flächendeckendes Beratungsangebot.</p>	<p>Bildungsschecks (max. 500 Euro) für Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen; 100.000 Menschen (Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose, Ältere und Behinderte) zu Fachkräften machen.</p>	<p>Weiterbildungsgesetz: Recht auf Weiterbildung, bezahlte Freistellung von 10 Tagen pro Jahr.</p>	<p>Bildungsfreistellungsgesetz; bessere Förderung von Angeboten der Erwachsenenbildung.</p>

Quelle: Wahlprogramme der Parteien. Weil die CSU ihr Programm erst nach Redaktionsschluss veröffentlichen wollte, liegt ihren Aussagen die Regierungserklärung von Ministerpräsident Markus Söder vom 18.4.2018 zugrunde.






Unsere **Alternative** heißt  
**RESPEKT UND SOLIDARITÄT**  
#DGBRespekt

Ausbau der Speichertechnik, Alternative Antriebe samt der Infrastruktur dafür fördern; Industriepolitisch Gesamt-konzept mit Verbänden, Kammern, Kommunen und Gewerkschaften; Bayern Technologiestandort für künstliche Intelligenz und autonomes Fahren.

Deregulierte rechtliche Freiräume für „Innovationsinitiativen“ für Regionen, die von der Automobil- oder Zulieferindustrie abhängig sind.

»Aktive staatliche Industriepolitik« ohne »sozial und ökologisch blinde Wachstums- und Renditefixierung«. Förderung Elektromobilität im öffentlichen Verkehr.

Preistreibende Mietrechtsverschärfungen verhindern.

Mehr Wohnungen durch Abbau von „Investitionshemmnissen“ (Entbürokratisierung, Harmonisierung der Bauordnungen etc.); Mietpreisbremse abschaffen.

Jährlich Bau von 40.000 Sozialwohnungen mit dauerhafter Zweckbindung; Gesetzliche, verbindliche Quote an sozialgebundenen Wohnungen; Verpflichtende Mietspiegel für Städte ab 25.000 Einwohner; echte Mietpreisbremse flächendeckend ohne Ausnahmen.

Landesaufträge nur an Unternehmen mit Tariflohn, gleichzeitig einfacheres Vergaberecht für Kommunen; monatliche statt tägliche Erfassung der Arbeitszeit beim Mindestlohn.

-

Bayerisches Vergabegesetz (Kriterien Arbeitnehmerschutz, Tarifbindung, Betriebsrat, Ausschluss bestimmter Firmen); Förderung für Mittelständler/Existenzgründer, die sich an Tarife halten.

Arbeitsrecht 4.0 für mehr räumliche und zeitliche Flexibilität der Arbeitnehmer »ohne zusätzliche Bürokratie«.

»Flexibilisierung« des Arbeitsschutzgesetzes; Homeoffice in Bayern stärken.

Recht auf Nichterreichbarkeit und Sabbatjahr; Wochenhöchst-arbeitszeit auf 40 Stunden senken (langfristig 30 Stunden), Ausnahmen begrenzen, stärkere Kontrollen; Pflicht vollständige Erfassung/Abgeltung von Überstunden; Erhalt Ladenschlussgesetz, keine Sonntagsarbeit.

»Digitale Weiterbildungsstrategie« für das lebenslange Lernen; wohnortnahe/bedarfsorientierte Erwachsenenbildungsangebote schaffen; höhere Förderung Erwachsenenbildung; Bildungsgutscheine (2.000 Euro) für Meisterausbildung.

Erhöhung des Meister-Bafögs; steuerlich gefördertes Modell »Bildungssparen«.

Recht auf mind. zwei Wochen Bildungsurlaub; Fortbildung im Firmen-Interesse ist von dieser zu finanzieren; Anspruch auf geringere Arbeitszeit für Weiterbildung; gesetzliche Pflicht zum Lohnausgleich von mind. 70 Prozent. 1 % des Bildungsetats für Weiterbildung.

### Deshalb ist die AfD unwählbar

**Im Parteienvergleich taucht die AfD nicht auf. Warum?**  
**IG Metall-Bezirksleiter Jürgen Wechsler:** Sie hat Beschäftigten nichts zu bieten: Ihr Wahlprogramm enthält nur Leerstellen zu unseren Forderungen. Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte spielen dort keine Rolle.

#### Zum Beispiel?

**Wechsler:** Statt Mietwucher zu bekämpfen, empfiehlt die AfD lieber Eigentum. Sie hat offenbar kein Verständnis für die Mehrheit der Arbeitenden. Im Gegenteil: Sie ist arbeitnehmerfeindlich, hasst Umverteilung und sorgt sich in ihrem Programm lieber um Selbstständige, Wohlhabende und Mittelständler. Alles andere beschimpft sie als »sinnfreien Klassenkampf«.



#### Die Wahlempfehlung der IG Metall?

**Wechsler:** Jeder soll sich sein eigenes Bild machen: von den Programmen, den Personen und ihrem Verhalten. Wir sagen deutlich: Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität statt Sündenbockmentalität und Spaltung! Wir brauchen wirtschaftliche Sicherheit für alle – und nicht nur für Leute, die sich nur wegen ihres Passes, ihrer Hautfarbe oder Sprache für etwas Besseres halten. Wer das aber wie die AfD oder ihr Nacheifernde zu seinem menschenfeindlichen und völkischen Wesenskern macht, ist für Gewerkschafter unwählbar.

\* Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer (CSU) lt. Plenarprotokoll Nr. 17/136 PL vom 10.7.2018.